

Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht

Neubert, Ehrhart

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. an der TU Dresden

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Neubert, E. (2006). Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht. *Totalitarismus und Demokratie*, 3(1), 47-77. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-310549>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht

Ehrhart Neubert



Neubert, Ehrhart;
Dr. phil., geb. 1940
in Herschdorf,
1958–63 Studium
der Ev. Theologie,
Pfarrer und Studenten-
pfarrer in Thürin-
gen; 1984–1996
Referent in der
Theologischen Stu-
dienabteilung beim
Bund der Ev. Kir-
chen in Berlin, ab
der EKD; 1997 Fach-

bereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung bei der BStU; in der DDR Mitarbeit in der oppositionellen Friedensbewegung, 1989 Mitglied des Initiativkreises zur Gründung des Demokratischen Aufbruchs; Seit 1996 Amtierender Vorsitzender des „Bürgerbüro zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur“ e. V.; Mitglied des Beirates der „Stiftung Ettersberg“ in Weimar seit 2000.

Abstract

The Revolution of 1989 made a unified German national state in Europe possible. Up to the present day, the West has not accepted this, nor has the East been able to take it. In the East, the revisionist language of post-communists dominates, and in the West, there is a language of political correctness which developed in the course of an “Auschwitz identity” and of the “self-acknowledgement” of the Western partial state. In academic areas too, GDR topics have lost in importance. Often, the dictatorial character of the GDR is denied. It goes similarly for the Federal German system of justice, which does not know the political aspects of the Revolution, or even declares them as infringing the constitutional state. In our political culture, there are hardly any traces of the fundament on which the unified Republic rests, the Revolution of 1989.

Der Blick auf die Ereignisse des Revolutionsjahres vom Herbst 1989 bis zum Wiedervereinigungsherbst 1990 offenbart eine merkwürdige Diskrepanz. Einerseits ist es unbestritten, dass für Deutschland und ganz Europa eine völlig neue Situation eingetreten ist. Deutschland ist ein geeinter demokratischer Nationalstaat geworden, erstmals in seiner Geschichte. Europa ist so frei, so geeint und so friedlich, wie noch in keiner Periode vorher. Gemessen an dem, was sich der Kontinent über Jahrhunderte angetan hat, können eigentlich nur Superlative diesen glücklichen Wandel kennzeichnen.

Daneben steht aber in Deutschland eine nahezu vollständig gegenläufige geistige Verarbeitung dieses Umbruches. Die Ereignisse 1989 und 1990 sind zum Problem geworden. Das drückt sich aus, wenn etwa statt von den wirtschaftlichen Kosten der kommunistischen Misswirtschaft von den Kosten der Wiedervereinigung geredet und dabei ein fiktives DDR-Bild entworfen wird, das den Wohlstands- und Freiheitsgewinn verdunkelt. Es zeigt sich an den anhaltenden und vielleicht sogar sich noch verstärkenden mentalen Unterschieden zwischen

den ost- und den westdeutschen Teilgesellschaften. Es offenbart sich an den zu meist pessimistischen und zivilisationskritischen Reaktionen der gesellschaftlichen Multiplikatoren und geistigen Eliten, die neben den Postkommunisten die Wortführer des Unbehagens sind.

Ein Teil dieser geistigen „Verunglückung“ des Wandels und der damit verbundenen potenzierten Orientierungslosigkeit mag durch den Überraschungseffekt verursacht worden sein, mit dem der Zusammenbruch des Kommunismus eintrat. Alle politischen Konzepte, die für den Umgang mit der gewaltigen Macht im Osten existierten, waren in wenigen Wochen gegenstandslos geworden. Sicherheits-, Koexistenz- oder Entspannungspolitik, Vereinbarungen über wirtschaftliche und kulturelle Annäherung, sowie alle aufwendigen Dialoge mit den herrschenden Kommunisten waren obsolet. Mehr noch: Es erwies sich, dass die politische Kommunikation mit den Kommunisten ein gutes Stück auf Täuschung und Selbsttäuschung beruhte. Weil die Politiker völlig unvorbereitet in diese Lage kamen, konnte wohl auch nur eine Art Flickenteppich-Politik betrieben werden, bei der zunächst bloß auf tagespolitische Anforderungen reagiert wurde. Immerhin füllte die Politik der Bundesrepublik einigermaßen glücklich das entstandene Vakuum aus und vollzog den deutschen und den europäischen Vereinigungsprozess, zu dem es auf Grund des Druckes der ostdeutschen und ostmitteleuropäischen Gesellschaften ohnehin keine Alternative gab.

Freilich, das erwies sich erst ein Jahrzehnt nach den Ereignissen, wurde die neue Aufgabe mit den Mitteln in Angriff genommen, mit denen auch bisher schon agiert worden war. Deutschland und Europa waren für die Politik einfach nur größer geworden und alles schien nur eine Frage des Geldes und der strukturellen Angleichung zu sein. Dass dies nicht reichte, stellte sich erst heraus, als die Überforderungssymptome angesichts der Reformverzögerung im Westen mit den Schwierigkeiten des „Aufbau Ost“ offensichtlich wurden.

In welchem Maße die Revolution und die Lösung der nationalen Frage auch die Geisteswissenschaften überrumpelten, ist an den historischen und politischen Wissenschaften abzulesen. Die DDR-Forschung der alten Bundesrepublik wurde geradezu aus den Angeln gehoben. Der Neuanfang brachte unter anderem eine Renaissance des zwar weiterhin umstrittenen Totalitarismustheorems und erforderte eine Überprüfung bisheriger Standards. Zunächst gab es einen Bedarf, Widerstand und Opposition wahrzunehmen und zu erklären sowie den bislang nicht für möglich gehaltenen Umsturz theoretisch zu erfassen, um das unverbundene Nebeneinander von tatsächlichen Abläufen des Großereignisses und des zu begreifenden Neuen abzumildern.

Die teilweise anspruchsvollen Theoriemodelle zu Revolution und Transformation¹ mit unterschiedlicher Reichweite, die hier nicht erörtert und nicht in

1 Siehe Forschungsbericht von Ehrhart Neubert, Die Opposition in den achtziger Jahren. In: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 180–187; Forschungsbericht von Detlef Pollack, Bedingungsfaktoren der friedlichen Revolution 1989/90. In: ebd., S. 188–195.

Frage gestellt werden sollen, sehen zumeist den Zusammenbruch des sowjetischen Weltkommunismus und die Selbstbefreiung der ostmitteleuropäischen Völker als Abfolge oder Zusammenwirken von Krisen und Ereignissen, Abläufen in kausalen Ketten und deren Verknüpfung, mit zufälligen Konstellationen innerhalb vorgegebener sozialer und kultureller Bedingungen.

Weiträumige Ansätze beziehen sich auf die zivilisatorischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen Diktatur und Demokratie, fragen nach den Handlungsmustern der politischen Kultur oder betten die Ereignisse in die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte ein, die unter anderen die Überlegenheit des westlichen Wirtschaftsmodells erwies.

Alle diese Erklärungen gehen an einem Faktum vorbei: dem Verlust der Macht der SED in einem friedlichen Prozess, obwohl diese Partei bis in die entscheidenden Wochen hinein über einen funktionierenden Parteiapparat mit weit mehr als 2 Millionen Mitgliedern verfügte, alle Instrumente der Herrschaftssicherung und alle Repressionsmittel kontrollierte und mindestens über Monate hin auch einsetzte und gewillt war, auf die Herrschaft nicht zu verzichten. Diese Frage wird nicht wirklich beantwortet, wenn auf innen- und außenpolitische begünstigende Faktoren verwiesen wird. Zweifellos liefern die Kumulation der Krisen, der verlorene Rückhalt im Ostblock, der Verschleiß von Ideologie und Legitimation, interne Zerfallsprozesse, der Verlust der Steuerungsmöglichkeiten, das Fehlschlagen strategischer Operationen zum Machterhalt, die kaum lösbaren Zielkonflikte der SED-Führung, das Leerlaufen von konspirativen Manipulationen, etwa die ausbleibende Wirkung von IM in führenden Positionen einiger Bürgerbewegungen, Daten und Stationen des Machtverfalls. Es handelt sich aber bei diesen Phänomenen um nachträglich diagnostizierte Phänomene, die jeweils eher als Symptome denn als Ursachen des sich vollziehenden Machtverlustes gelten müssen.

Die Inspirationen für diese Konstruktionen erweisen sich oft genug als Projektionen, die das Ergebnis des Umbruchs in die Vergangenheit zurückverlegen. Wenn auch Historiker, Politiker und Journalisten den Lauf der Dinge kaum noch auf das Wirken des „Weltgeistes“ oder auf irgendeinen vorstrukturierten „Strom der Geschichte“ zurückführen, setzten doch viele ersatzweise auf die Genialität politischer Subjekte. Die notorische Überschätzung politischen Handelns lässt sich an der Bedeutung ablesen, die dem letzten KPdSU-Chef Michail Gorbatschow zugebilligt wird. Dieser erscheint dann gleichsam als der deus ex machina, der den Wandel ermöglicht hat. Dass er selbst Produkt der Krise war, die er notdürftig und hilflos verwaltete, wird dabei übersehen.

Das Problem des Machtverfalls der Herrschenden und des gleichzeitigen machtpolitischen Aufstieg der Beherrschten lässt sich auch nicht hinreichend erklären, wenn die Entfaltung der Zivilgesellschaft als Selbstbefreiung nachgezeichnet wird. Damit wird zwar die oft vernachlässigte gesellschaftliche Akteurs-ebene eingeführt. Warum aber in der bislang nahezu gefesselten Gesellschaft plötzlich neue Machtzentren entstanden, ergibt sich daraus noch nicht.

Um es noch einmal zu sagen, die theoretischen Modelle zur Erklärung des Jahrhundertereignisses sollen hier nicht in Frage gestellt werden. Es soll lediglich darauf verwiesen sein, dass sie Vorgänge interpretieren und deuten, aber die machtpolitischen Interdependenzen zwischen Herrschenden und Beherrschten kaum berücksichtigen. Möglicherweise liegen hier auch Gründe dafür, dass diese Interpretationen kaum den Stoff für lebendige Erinnerungen an den Wandel, für die Gestaltung gegenwärtiger Herausforderungen und für eine nationale oder gar europäische Zukunftsorientierung abgeben.

Hier soll der Versuch unternommen werden, unter drei Aspekten die revolutionäre Machtbegrenzung und Machtaufhebung zu betrachten; die Sprache der Freiheit, die Rückgewinnung der Geschichte und die Wiederherstellung des Rechtes. Sie werden als elementare Medien des Machtwechsels und der Konsolidierung der neuen Machtverhältnisse verstanden. Die Frage erhebt sich, was aus deren Wirkungsmächtigkeit geworden ist. Wie nachhaltig haben sie die politische Kultur geprägt und inwieweit sind sie in einer Gesellschaft angenommen worden, die sich auf Freiheit und Recht beruft? Da das neue wiedervereinte und demokratische Deutschland der Revolution von 1989 die „Gründung der Freiheit“² verdankt, besteht nicht nur Anlass zum Erinnern früherer Unfreiheit, sondern Grund, nach den Quellen der Freiheit zu suchen.

I. Macht und Sprache 1989 und 1990 – Versprechen und Versprecher

Da es sich bei der Entwicklung und Akkumulation von Gegenmacht zur SED um einen Vorgang handelte, der sich trotz eines ausgeklügelten Systems zur Herrschaftssicherung entfalten konnte, muss ein Machtbegriff zum Zuge kommen, der sich weithin von instrumentellen und funktionalen Bestimmungen löst. Hannah Arendt hat dafür eine einfache Formel gefunden: „Macht aber besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammenhandeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen [...]. So können Volksaufstände gegen die materiell absolut überlegenen Gewaltmittel eines Staates eine fast unwiderstehliche Macht erzeugen, und zwar gerade, wenn sie sich selbst der Gewalttätigkeit enthalten, in der sie ohnehin die Unterlegenen wären [...]. Die einzige rein materielle, unerlässliche Vorbedingung der Machterzeugung ist das menschliche Zusammen selbst.“³

Nach Arendt könne nur der Terror, also zügellose Gewalt, dieses „Zusammen“ der Menschen verhindern, weil Gewalt zur Atomisierung der Gesellschaft und Vereinsamung der Individuen führe. Wenn aber Menschen sich versammeln, entsteht im „Zwischenraum“ zwischen ihnen Macht. Dieses „Zwischen“ den Menschen ist für sie ein gefüllter Raum. Sie sagt dazu: „Die Kraft, die diese

2 Hannah Arendt, *Über die Revolution*, München 1974, S. 184.

3 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1996, S. 253.

Versammelten zusammenhält [...] ist die bindende Kraft gegenseitiger Versprechen, die sich schließlich im Vertrag niederschlägt.“⁴ Die „gegenseitigen Versprechen“ hat sie konkret als politische Sprachakte beschrieben. Denn diese Versprechen gelten auch für Umstände, die die Sprecher nicht voraussagen können und dennoch binden. „Mit realisierter Macht haben wir es immer dann zu tun, wenn Worte und Taten untrennbar miteinander verflochten erscheinen, wo Worte nicht missbraucht werden, um Absichten zu verschleiern, sondern gesprochen sind, um Wirklichkeiten zu enthüllen, und wo Taten nicht missbraucht werden, um zu vergewaltigen und zu zerstören, sondern um neue Bezüge zu etablieren und zu festigen, und damit neue Realitäten zu schaffen.“⁵

Noch konkreter als Hannah Arendt zieht Fritz Mauthner eine Verbindung zwischen Sprache und Macht. Mauthner hat schon kurz nach 1900 in seiner Sprachkritik darauf aufmerksam gemacht, dass der Begriff „Sprache“ ein Abstraktum ist, dem in der Wirklichkeit nichts entspreche. Sie ist eine „soziale Wirklichkeit“, die „zwischen den Menschen“ als eine Tätigkeit stattfindet: „Sprache im Sinne von Sprechen ist folglich eine Handlung.“⁶ Und weil Sprache handlungsauslösend und handlungsleitend ist, hat sie eine Machtfunktion. Worte können „eine Macht werden. Vernichtend wie ein Sturmwind, der ein Lufthauch ist wie das Wort. Leicht kann das Wort stärker werden als eine Tat.“⁷ Sprache schafft Wirklichkeiten, indem sie diese begreifbar macht. Sie kann darum nicht nur gesellschaftliches Bewusstsein verändern, sondern auch die Gesellschaft. Die Sprache kann traditionelle Herrschaftsverhältnisse verändern, wie etwa die moderne feministische Offensive zum Großteil eine Sprachoffensive war und ist. Umgekehrt aber kann Sprache auch zur Festigung von Herrschaft und Macht benutzt werden. Victor Klemperer hat in seinem Buch LTI⁸ gezeigt, dass Sprachstrukturen und -schöpfungen der Nationalsozialisten eine enorme Wirkungsmacht gegen die Realitäten entfaltet und manchmal bis heute wirken. Ähnliches gilt auch für die kommunistische Herrschaft, deren Herrschaftssprache inzwischen gut erforscht ist. Schon Klemperer hat bei der Erwähnung von kommunistischen Propagandaformeln die Initialen LQI, *Lingua Quarti Imperii*, in sein Tagebuch⁹ eingetragen.

Stalins absurde Vision von „einer gemeinsamen internationalen Sprache“¹⁰ gehörte zwar in den „Simulationsraum der Ideologie“,¹¹ diente aber der totalen

4 Ebd., S. 240.

5 Ebd., S. 252.

6 Zitiert nach Jürgen Schiewe, *Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart*, München 1998, S. 190.

7 Ebd., S. 194.

8 Vgl. Victor Klemperer, *LTI. Notizbuch eines Philologen*, Halle 1947.

9 Vgl. Victor Klemperer, *So sitze ich denn zwischen allen Stühlen. Tagebücher 1950–1959*, hg. von Walter Nowojski, Berlin 1999.

10 Josef W. Stalin, *Der Marxismus und die Fragen der Sprachwissenschaft*, Berlin (Ost) 1951.

11 Wolfgang Bialas, *Vom unfreien Schweben zum freien Fall. Ostdeutsche Intellektuelle im gesellschaftlichen Umbruch*, Frankfurt a. M. 1996, S. 289 f.

Herrschaft wie das „Neusprech“ von George Orwells Buch „1984“. Auch die modernen kommunistischen Sprachregelungen sollten die Denkmöglichkeiten durch Beseitigung der Ausdrucksmöglichkeiten verringern. Eine Fülle von Begriffen war tabuisiert oder in ihrem Bedeutungszusammenhang festgelegt worden. Die aufschlussreichste Sprache der SED finden wir in der Binnensprache ihres Repressionsapparates, der „Stasi-Sprache“.¹² Für Joachim Walther ist diese „Lingua securitatis“ mit ihrer Spracharmut, den stereotypen Feindbildern, den Imaginationen des Bösen und der Verwirrung der ethischen Begriffe „so banal wie monströs, so erschreckend wie komisch“.¹³

Obwohl die ritualisierte Sprache der Kommunisten eine gesellschaftliche Wirklichkeit lediglich inszenierte, darf deren Wirkung nicht unterschätzt werden. Worte schaffen Wirklichkeit bzw. die Illusion von Wirklichkeit. Grundbegriffe der kommunistischen Legitimation wie Kapitalismus, Sozialismus, Antifaschismus gingen gleichsam als Sprachsubstanz in die Vorstellungswelten vieler Menschen bis in die Reihen der Dissidenten ein. DDR-Oppositionelle waren sich dieser Gefahr bewusst. Jedes „Verstehen“ im Gebrauch der Sprache und jedes Ringen um Wahrheit war für sie ein Ringen der Menschen um das Angemessene ihres Ausdrucks, um immer neue Wendungen, Metaphern und Worte. Der Lügner benutzt eingeführte Begriffe und Bezeichnungen, um das Unwirkliche als wirklich erscheinen zu lassen. Darum war der Kampf um die Macht ein Kampf um die richtige Bedeutung der Wörter.¹⁴ Die Kurzformeln für diesen Kampf waren „In der Wahrheit leben!“ (Vaclav Havel) und „Gegen die Lüge leben“ (Alexander Solschenizyn).

Die machtpolitischen Auseinandersetzungen 1989/90 wurden daher vornehmlich mit, um und durch die Sprache geführt. Die große Bedeutung der Sprache wird schon daran deutlich, dass ein Großteil der Erinnerung an die Revolution, von der anspruchsvollen Literatur bis zu den Stammtischen, an Sprachereignisse geknüpft ist: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ „Vorwärts immer – rückwärts nimmer!“, „Wir wollen raus“ und „Wir bleiben hier“, „Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“, „Ich liebe doch alle“, „Der Sozialismus steht nicht zur Disposition“, „Ab wann soll das gelten? Ab sofort!“, „Jetzt

12 Vgl. Christian Bergmann, *Die Sprache der Stasi. Ein Beitrag zur Sprachkritik*, Göttingen 1999; Marko Martin, „Geschaffene Machwerke“. *Die Sprache der Stasi*. In: Heinz Ludwig Arnold (Hg.), *Text und Kritik. Zeitschrift für Literatur* Nr. 120: Feinderklärung Literatur und Staatssicherheit, Göttingen 1993, S. 48–56.

13 Joachim Walther, *Sicherungsbereich Literatur. Schriftsteller und Staatssicherheit in der Deutschen Demokratischen Republik*, Berlin 1996, S. 21.

14 Vgl. Dorothea Höck, „Sprache, die für dich dichtet und denkt“. *Zum Verhältnis von Propagandasprache und Herrschaft*; Ulrich Stockmann, *Macht – Herrschaft – Gewalt. Aspekte der politischen Theorie Hannah Arendts*. Beides in: Dorothea Höck/Ludwig Mehlhorn (Hg.), *Raster. Strukturen von Macht, Herrschaft, Gewalt* (radixblätter), Berlin 1988, S. 3–26. (DDR-Samisdat) Abgedruckt in Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), *Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989*, Berlin 2002, S. 230–251.

wächst zusammen, was zusammen gehört“, „Ich sehe blühende Landschaften“ und „Überwindung der Teilung durch Teilen.“

Wissenschaftler haben mehrfach auf die Rolle der Sprache verwiesen: Nach Wolf Oschließ wurde die Revolution in der DDR durch die Sprache vorbereitet, ausgelöst, umgesetzt und fortgeführt.¹⁵ Der Sprachkritiker Peter von Polenz sprach von einer „Sprachrevolte“.¹⁶ Christa Wolf sagte am 4. November 1989 bei der großen Demonstration in Berlin: „Die Sprache springt aus dem Ämter- und Zeitungsdeutsch heraus, in das sie eingewickelt war.“

Obwohl bis 1989 die DDR-Menschen bei öffentlichen Akklamationen die SED-Sklavensprache gesprochen hatten, gab es einen doppeldeutigen und subversiven Umgang mit der Sprache. Die Sprache dokumentierte die Spaltung der Gesellschaft, zwischen „wir“ und „sie“. Offizielle Texte wurden „zwischen den Zeilen“ gelesen; und vor allem gab es eine entwickelte, wenn auch private und selten offen gezeigte Witzkultur,¹⁷ in der die gesellschaftlich-politische Realität aufs Korn genommen wurde. Unverfängliche Metaphern bekamen einen doppelten Boden. Der Witz selbst nahm die Sprache der SED auf und enteignete diese durch Verfremdungen. Diese semantischen Ambivalenzen zeigten mehr oder weniger verschlüsselt Alternativen zur erfahrenen absurden Realität:

„Die Männlein auf der Straße
noch still und stumm,
stehn ganz unauffällig
und schau sich um.
Sag, was das für Männlein sein,
die da stehn zu zwein und drein.“¹⁸

Aber es gilt auch: „Gebrauch von Sprache erschöpft sich nicht in der Sprachmacht von Herrschaft und Herrschenden. Die Praxen des Widerstehens, aber auch die der Distanzierung und des Eigen-Sinns benutzen Sprache (und Bilder) – und werden von diesen Ausdrucksformen reguliert. Rituale bieten Manövrierchancen. Ihre unaufhebbaren Mehrdeutigkeiten lassen sich für ‚hidden transcripts‘ nutzen, ohne damit eine zwingende Handhabe für die Herrschenden zu bieten. Es sind dies die sprachlichen (oder bildlichen) Dimensionen jener

15 Vgl. Wolf Oschließ, „Vierzig zu Null im Klassenkampf?“ Sprachliche Bilanz von vier Jahrzehnten DDR, Berlin 1990.

16 Peter von Polenz, Die Sprachrevolte in der DDR im Herbst 1989. In: Zeitschrift für germanistische Linguistik, 21 (1993), S. 127–149.

17 Dazu die Ausführungen bei Horst Dieter Schlosser, Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen, Köln 1990; Jürgen Schiewe, Die Macht der Sprache. Eine Geschichte der Sprachkritik von der Antike bis zur Gegenwart, München 1998; Anke Blasius, Der politische Sprachwitz in der DDR. Eine linguistische Untersuchung, Hamburg 2003.

18 Abgedruckt in Baldur Haase, Kaspar kontra Mielke. Die Geraer Puppenbühne und die unabhängige Friedensbewegung (Schriftenreihe des Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR), Erfurt 1999, S. 113.

Schwejkadien, in denen sich die angeblich ‚kleinen Leute‘ ihre eigene Zeit und ihren eigenen Raum in den Unübersichtlichkeiten der Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse ‚moderner‘ Gesellschaften zu sichern suchen. Sprach- und Bild-Rituale bleiben freilich offen für unangestregtes Sich-Einfügen in herrschende Verhältnisse.“¹⁹

So stellte das Sprachkorsett, auch mit seinen subversiven Anteilen, die Herrschaft der SED nicht in Frage, sondern erhielt den Status quo und das Tauschgeschäft zwischen Herrschern und Beherrschten: Öffentliches Schweigen gegen Repressionsverzicht. Da an Veränderungen nicht zu denken war, stand die Zeit gleichsam auch im entdynamisierten Sprachschatz still.

1989 kam es dann zu der vielfach beschriebenen und dokumentierten Sprachbefreiung, die sich in den unzähligen öffentlichen witzigen Losungen und Sprachspielen zeigte.

Allerdings waren die ersten Sprechchöre im September 1989 von noch kleinen Demonstrationen in Leipzig oder anderen Städten sprachlich noch relativ einfach gestrickt und gar nicht witzig. Sie kolportierten etwa unmittelbare politische Forderungen: „Wir wollen raus!“ Oder sie spiegeln die Angst: „Keine Gewalt“, „Stasi raus!“ Im September und Anfang Oktober werden noch kurze Losungen in der Nacht an Wände und auf Straßen geschrieben: „Freiheit für alle“, „Stasi raus, Neues Forum rein“.²⁰ Die Menschen drängt es, gegen die tägliche Lüge die Wahrheit des freien Wortes zu stellen. Sie beginnen an ihren Arbeitsplätzen zu sprechen und fordern die oft ratlosen Funktionäre heraus. In dieser frühen Phase werden aber noch Diskussionen abgewürgt und vielfach disziplinarische Maßnahmen gegen den Widerspruch verhängt.

An den frühen Losungen und Sprechchören ist ablesbar, dass die Krise des Systems von den Menschen dramatisiert und universalisiert wird. Sie erfahren sich selbst in das dramatische Geschehen verstrickt. Der Schritt in die freie Rede musste mit der Selbstvergewisserung der Sprecher einhergehen, in größere Kontexte eingeordnet zu sein, in eine Raum und Zeit übergreifende Schicksalsgemeinschaft mit dem gemeinsamen Verlangen nach Freiheit. Diese war aber nur mit Hilfe symbolischer Worte oder Texte umschreibend darzustellen. Losungen wie „Wir sind das Volk“ oder „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ stellten symbolisch solche Kontexte her.

Eine wichtige Hilfe für die Bereitstellung von solchen Symbolen leisteten die Friedensgebete, in denen viele Menschen ihre öffentliche Sprache wieder fanden. Die Kirche war ein öffentlicher Raum, der mit religiösen Symbolen und Riten gefüllt war. Die Besucher konnten ihre Gefühle und ihre Erwartungen in diese Sprache hineinprojizieren. Bernd Winkelmann erinnert sich: „Am 15. Ok-

19 Alf Lütke, Sprache und Herrschaft in der DDR. In: Alf Lütke/Peter Bender (Hg.), Akten. Eingaben. Schaufenster. Die DDR und ihre Texte. Erkundungen zu Herrschaft und Alltag, Berlin 1997, S. 11–26, hier 15.

20 Ehrhart Neubert/Bernd Eisenfeld (Hg.), Macht Ohnmacht Gegenmacht. Grundfragen zur politischen Gegnerschaft in der DDR, Bremen 2001, Bildtafeln XVII–IX.

tober 1989 luden wir in Suhl zum ersten großen ‚Gebetsgottesdienst für unser Land‘ ein [...] der Termin sprach sich wie ein Lauffeuer rum. Es kamen über 2 000 Menschen in die total überfüllte Stadtkirche. Das Sicherheitsaufgebot war verdeckt in den Suhler Straßen zusammengezogen worden. Wir begannen den Gottesdienst mit einem Orgelvorspiel, das die Unruhe der Menschen still werden ließ. Dann wurden die Lampen im Kirchenschiff gelöscht, nur eine Osterkerze brannte. Ich sprach eine Meditation in den dunklen Kirchenraum hinein, die die Menschen bei ihren alten DDR-Depressionen abholte und dann das beginnende Aufstehen des Volkes umschrieb. Vom Licht der Osterkerze wurden Kerzen in die gesamte Kirche hineingetragen.“

Ein Psalmwort und Worte aus der Bergpredigt wurden gelesen. Superintendent Kretschmann hielt eine Kurzpredigt zum gewaltfreien Kampf für Freiheit und Demokratie im Geiste Jesu und nach dem Vorbild Martin Luther Kings. Im folgenden Informationsteil wurden die verschiedenen politischen Aufrufe und Stellungnahmen der Kirchen und der neuen oppositionellen Gruppen verlesen, die ja in den Medien noch längst nicht veröffentlicht werden durften.

Dann setzte eine Aussprache ein, in der hier und in den folgenden Abenden alles hoch kam, was das Volk 40 Jahre runtergeschluckt hatte: „es war eine Flut von Klagen und Anklagen, Verzweiflungen und Hoffnungen, Weinen und Schreien und persönlichen Schicksalen, die erzählt wurden.“²¹

Dramatisierende Wortmeldungen gab es auch im säkularen Raum. Dazu gehörten sowohl die schlichten Reimeschreiber in Familiensachen, die nun Politisches dichteten.²² Oder das seit dem 20. September in Arnstadt kursierende anonyme Flugblatt, verfasst von Günther Sattler, das für den 30. September zu einer Protestkundgebung aufrief. Der junge Mann hatte dem Aufruf ein selbst verfasstes Gedicht angefügt:

„was für ein leben?
 wo die wahrheit zur lüge wird,
 wo der falsche das zepter führt.
 was für ein leben?
 wo die freiheit tot geboren,
 wo schon scheint alles verloren.
 was für ein leben?
 wo alte männer regieren,
 wo noch menschen an grenzen krepieren,
 was für ein leben?

21 Bernd Winkelmann, Es geschieht an uns. Die tragende Kraft politischer Spiritualität. Erfahrungen aus den Kirchen und Gruppen in der DDR und in der Wendezeit. Vortrag, Computerausdruck. 28.10.2003 Adelsborn (Bestand Bernd Winkelmann, S. 5).

22 Vgl. Anonym, „Reim auf einen Leserbrief“. August/September Plauen. Abgedruckt in Thomas Küttler/Jean Curt Röder, Die Wende in Plauen. Eine Dokumentation, Plauen 1993, S. 29 f.

wo die angst den alltag bestimmt,
wo das ende kein ende nimmt.“²³

Ab Oktober kommt es dann zur „Sprachrevolte“, zu einer Explosion der Worte in den Witzen und Sprachspielen. Der heimliche Witz wird zum offenen Spott, ein Spott, der ernst gemeint ist, oft bitter und auch wütend. Der Sprachwitz funktioniert, weil er die Sprachrealität der SED-Herrschaft verfremdet und einen Gegensinn etabliert: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siechen lernen.“ Das Sprachspiel – Jürgen Schiewe²⁴ glaubt, dass dies erst 1989 möglich war – setzt gegen die Sprachrealität der SED durch Bedeutungsverschiebungen eine politische Alternative: „Wie wir heute demonstrieren (früher arbeiten!), werden wir morgen leben.“ Die geistreichen Sprachspiele greifen die Macht in einem ihrer Kernbereiche an: der Kontrolle der Sprache. Damit beginnt ein „Sprachwandel“, der als solcher ein politischer Akt der Befreiung ist. Die SED-Sprache wird enteignet: „Wir sind das Volk!“ oder „Die Demokratie in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“²⁵ Als Egon Krenz die „Wende“ verkündet, heißt es: „Wenden nicht winden.“ Sprachstereotypen werden mit neuem Sinn unterlegt: „Mein Vorschlag: am 1. Mai zieht das Politbüro am Volk vorbei!“ Politische Begriffe bekommen ihre alte oder die westliche Bedeutung zurück. Statt „Sozialistische Demokratie“, „bürgerliche Demokratie“ oder „Volksdemokratie“ heißt es nun: „Demokratie – jetzt oder nie!“ Die Täuschungsmanöver der SED werden aufgedeckt: „Krenz-enlose Freiheit“.

Die neue Sprache löst die Erstarrung der Gesellschaft und drückt die Bewegung aus. Zum Ausdruck kam das schon in den Namen der neuen Bürgerbewegungen und Parteien. Der „Demokratische Aufbruch“ mit einem nach oben zeigenden Pfeil im Logo, „Demokratie jetzt“ mit einem Schmetterling als Logo oder das „Neues Forum – Aufbruch 89“, das das Getümmel auf dem Marktplatz symbolisierte. Der politische Raum bekam eine Zeitachse, der Neuanfang war das Entscheidende. Davon wichen die Gründer der „SDP“ ab. Aber auch hier gibt es keine eigentliche Ortsangabe. Damit unterschieden sich die neuen Bewegungen von den traditionellen Parteinamen SED, CDU, LDPD, DBPD und NDPD, die dagegen mit programmatischen Inhalten den politischen Raum besetzten, was freilich in der Phase der Konsolidierung des Wandels für sie vorteilhaft werden sollte.

Die Opposition suchte eine neue Sprache. In nahezu allen ihren Gründungspapieren wurde die Forderung nach dem gleichberechtigten „Dialog“ mit den Regierenden erhoben. Die „Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Dialogfüh-

23 Zitiert nach Bernd Lindner, Die demokratische Revolution in der DDR 1989/90. Hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Reihe Deutsche Zeitbilder, Bonn 1998, S. 69.

24 Schiewe, Die Macht der Sprache, S. 265–268.

25 Ursprünglich von Erich Honecker: „Den Sozialismus in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf.“

„rung“²⁶ war eine alte Forderung der Opposition. Doch darin sah die SED bzw. das MfS „Versuche der Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit, mit der Partei und dem Staat in einen politischen Dialog zu treten und sich somit Legalität zu erschleichen.“²⁷ Am 11. Oktober 1989 hatte das Politbüro der SED unter Honecker der Opposition zwar gedroht, doch auch ein erstes Dialogangebot unterbreitet: „Wir stellen uns dem Dialog!“ Doch die SED versuchte diesen versprochenen Dialog als Ventil für den Unmut und zur Rückbindung in das System der SED zu instrumentalisieren. Die von ihr organisierten Dialogveranstaltungen wurden zu einem Scherbengericht, denn die Bevölkerung ließ sich nicht mehr auf die Sprachregelungen der SED ein. In Mühlhausen verspotteten die Leute den Dialog als „Dialüge“ und im Eichsfeld ging ein Spottgedicht um:

„Der Dia - log
 Wer log?
 Der Dia - log!
 Heißt denn das nicht ‚Der da log‘ oder ‚Die da log‘?
 Ach, egal wer da log.
 Oder der da log oder die da log,
 ob er da log oder sie da log,
 darüber sollte man nicht streiten.
 Zusammenfassend kann man von ‚log‘ -
 Die logen doch - ableiten!“²⁸

Mit dem missglückten Dialog fasste die Opposition Fuß und die SED verlor an Macht. Es begann eine merkwürdige Doppelherrschaft. Die alten Strukturen waren noch vorhanden, neue Strukturen bildeten sich nur langsam aus. Aber die Wucht der Willensbildung auf den Straßen verlieh nun auch den Initiativen, den Oppositionellen, den kirchlichen Personen eine neue Autorität. Im November wurden die Sprecher des Aufbegehrens zum Kristallisationspunkt der politischen Artikulation, an sie wendeten sich die Bürger mit tausend Anliegen, sie sorgten für den friedlichen und geregelten Verlauf des öffentlichen Lebens und sie verhandelten mit der Polizei über „Sicherheitspartnerschaften“. Dieser Machtzuwachs gegenüber der SED beruhte auf einem zunehmenden Zusammenhandeln der verschiedensten gesellschaftlichen Kreise. An den Runden Tischen wurde schließlich ein gleichberechtigter Dialog und damit der Rückzug der SED erzwungen. Bei aller Verschiedenheit der politischen Absichten und

26 „Konzeption der Jenaer Friedensgemeinschaft“, Jena 1983, Ormigabzug (Bestand Ehrhart Neubert).

27 Konzeption zur Verteidigung des Forschungsprojektes „Die Analyse des aktuellen Erscheinungsbildes politischer Untergrundtätigkeit, der Herausarbeitung wesentlicher Tendenzen ihrer Entwicklung und die Ableitung grundsätzlicher Konsequenzen für die weitere politisch-operative Arbeit und ihrer Leitung auf diesem Gebiet“, Entwurf (BStU, MfS, ZA ZAIG 7972, Bl. 15).

28 Hans-Gerd Adler, Wir sprengen unsere Ketten. Die friedliche Revolution im Eichsfeld. Eine Dokumentation, Leipzig 1990, S. 38.

Vorstellungen gab es doch einen übergreifenden Konsens aller Akteure. Sie gaben sich das „gegenseitige Versprechen“, die Macht der SED zu brechen. „Gerade am Machtmangel geht die Tyrannis zugrunde. Macht im echten und verlässlichen Sinne kann die Tyrannis nicht erzeugen, weil sie die Pluralität des gemeinsamen Handelns in Einstimmigkeit, das ‚acting in concert‘, im Beherrschen abgeschafft hat.“²⁹ In der Übergangsphase bis zur ersten freien Wahl im März und der Wiedervereinigung im Oktober 1990 herrschte in sprachlicher Hinsicht ein „produktives Chaos“,³⁰ das aber das gemeinsame Handeln für die zu schaffende demokratische Republik nicht in Frage stellte.

Während die Gesellschaft eine neue Sprache der Freiheit suchte und fand, kam das Ende der SED-Sprache. Diese Phase war von durchsichtigen und unglaubwürdigen Versprechungen der alten Macht, von Versprechern ihrer Repräsentanten und von sprachlichen Täuschungsmanövern geprägt. Der Machtverlust war ein Sprachverlust der Herrschenden und zugleich Ausdruck des völligen Beziehungsabbruchs zwischen Herrschern und Beherrschten. Sie wurden nicht mehr verstanden und konnten nicht mehr verstehen, nicht einmal sich selbst, eine Verwirrung der Sprache wie beim Turmbau zu Babel.

Nachträglich ist es berechtigt, bei den kommunistischen Funktionseleiten ein Syndrom des „Willens zur Ohnmacht“³¹ zu diagnostizieren, da die starre kommunistische „Wirklichkeitsordnung“ in ihnen selbst verfiel. Die Frage ist daher angebracht, ob die Nomenklaturkasten „sehenden Auges in den Untergang“³² gelaufen sind. Zweifellos haben sie selbst die Symptome des Machtverlustes wahrgenommen, zumal alle Versuche, noch einmal die Parteisprache zum Zuge kommen zu lassen, fehlschlügen. Als Krenz in seiner Antrittsrede im Oktober erklärte „Der Sozialismus steht nicht zur Disposition“, versuchte er eine Wirklichkeit zu schaffen, die durch die Realitäten nicht mehr gedeckt war.

Die Verwirrung der SED-Funktionäre veranschaulicht eine Episode um den Erfurter Bezirkschef der SED, Gerhard Müller, der sich gegen den Rücktritt stemmte. Am 3. November raffte sich Müller in der Sitzung der Bezirksleitung noch einmal auf, sein schon nicht mehr vorhandenes politisches Gewicht in die Waagschale zu werfen, um sich und den Seinen Mut zu machen: „Hindere ich die Erneuerung des Sozialismus, die Erneuerung der Partei im Bezirk Erfurt, dann sagt mir das ehrlich, dann geh’ ich. Hindere ich sie nicht, dann kämpf’ ich mit Euch bis zum letzten.“ Im Saal brandete Beifall auf. Daraufhin Müller: „Ich

29 Hannah Arendt, *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft*, Frankfurt a. M. 1955, S. 749.

30 Horst Dieter Schlosser, *Die deutsche Sprache in der DDR zwischen Stalinismus und Demokratie. Historische, politische und kommunikative Bedingungen*, Köln 1990, S. 188.

31 Martin Sabrow, *Der Wille zur Ohnmacht und die Macht des Unwillens*. In: Neubert/Eisenfeld (Hg.), *Macht Ohnmacht Gegenmacht*, S. 317 ff.

32 Lothar Fritze, *Täter mit gutem Gewissen. Über menschliches Versagen im diktatorischen Sozialismus*, Köln/Weimar 1998, S. 225 f.

weiß nicht, wie ich den Beifall auffassen soll.“³³ Wenige Tage vorher hätte er gewusst, was Beifall für ihn ausdrückte.

Eine Sprachepisode brachte auch für den MfS-Chef Mielke die Katastrophe. Als dieser vor der Volkskammer ausrief „Ich liebe euch doch alle!“ und versicherte „Wir haben gute Kontakte zu allen Schichten der Bevölkerung!“ zeigte das schallende Lachen der Kammer die völlig unadäquate Verwendung von Begriffen an, Liebe statt Kontrolle und Kontakte statt Überwachung. Der berühmteste Versprecher jedoch, der die gewaltige Wirkung des Wortes demonstrierte, war Schabowskis „sofort“ am 9. November. Schabowskis Versprecher wurde von der Bevölkerung als Versprechen der Grenzöffnung interpretiert.

Zu den letzten sprachlichen Täuschungsversuchen, Sprachwissenschaftler nannten das „Mimikry“, gehörte die Adaption westlicher Begriffe, um die SED-Herrschaft zu tarnen. Das Aktionsprogramm der SED, das auf der 10. Tagung des ZK vom 8.–10. November ausgearbeitet wurde, sollte die Forderungen der Bevölkerung und der Opposition kompensieren. Trotz einer Reihe von Versprechungen zur Demokratisierung begrenzten sich die großspurig als „radikale Reformen“ angekündigten Veränderungen schon durch die Festlegung auf die DDR-Verfassung, die noch den Führungsanspruch der SED enthielt. Statt Nationaler Front und Demokratischen Blocks sollte nun aber eine „Koalitionsregierung“ installiert werden und „das Wirken neuer politischer Vereinigungen auf dem Boden der Verfassung“ in einem gesuchten „Konsens“³⁴ möglich sein. Wenig später versuchte Hans Modrow die Reste des MfS unter der Bezeichnung „Verfassungsschutz“ zu retten. Er selbst ließ sich nun als „Premier“ bezeichnen und setzte sich durch die Beteiligung an Demonstrationen an die Spitze der „Volksbewegung“, als sei die Revolution eine Unterstützungsaktion für die SED. Die SED nannte sich nun „Partei des demokratischen Sozialismus“ (PDS).

II. Revisionistische Sprache im Osten

Auch der Wiedervereinigungsprozess zwischen März und Oktober 1990 war von Sprachereignissen geprägt. Jetzt galt es, die neuen Machtverhältnisse zu bestimmen. Hier bekamen sehr schnell die CDU mit Helmut Kohl und Lothar de Maizière die Oberhand. Zwar hatte die Deutschlandpolitik der CDU in der ersten Ära Kohls sich kaum von der sozialliberalen Vorgängerregierung unterscheiden. Aber Kohl hatte seine viel gerügte Wiedervereinigungsrhetorik nie aufgegeben. Als er im Dezember 1989 vor einhunderttausend Sachsen in Dresden noch

33 Gerhard Müller, Rede auf der Tagung der Bezirksleitung Erfurt der SED am 5. November 1989. Text in: Landesbeauftragter des Freistaates Thüringen (Hg.), „Wir können ja hier offen reden ...“. Äußerungen vom Politbüro-Kandidaten und Erfurter Bezirks-Chef Gerhard Müller, Erfurt 1997, S. 187.

34 ZK der SED, 10. Tagung 8.–10.11.1989. Was tun? Schritte zur Erneuerung. Aktionsprogramm der SED. Sonderdruck, S. 4.

vorsichtig diplomatisch die Wiedervereinigung in Aussicht stellte, „wenn es die historische Stunde zulässt“, übersah er zwar, dass nicht die Geschichte, sondern die Menschen die Vereinigung wollten und gerade erstritten. Aber weil die Leute seine Formulierung als Versprechen aufnahmen, begründete er für Jahre mit diesen und anderen Worten seine Macht, etwa dem Versprechen von den „blühenden Landschaften“. Und de Maizières Ausspruch „Teilung überwinden durch Teilen“ war für die Ostdeutschen ebenfalls eine Verheißung. Die Sozialdemokraten hatten schlechtere Karten. Selbst Willy Brandts Wort „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört“ konnte allenfalls kurz vorher Gesagtes abmildern: „Die Wiedervereinigung ist die Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.“

Die angelaufene Transformation und die kommende Wiedervereinigung erforderten, dass die Sprachrevolution im Osten durch einen Lernprozess fortgesetzt werden musste. Hunderte von Worten mussten im Osten neu gelernt werden oder gewohnten Begriffen war eine neue Bedeutung zu geben. Dennoch zeigte sich bald, dass die Wiedervereinigung nicht so verlief, wie gehofft worden war. 1991 war das Jahr des Wortes „Besserwessi“. Nun baute sich auch allmählich die Ostnostalgie auf, die auch mit Ostalgie ein eigenes Wort bekam. Die Restbestände der DDR-Sprache wurden ebenso vitalisiert, wie sich kommunistische Symbole und Riten, voran die Jugendweihe, wieder stabilisieren konnten. Die postkommunistische Propaganda hämmerte auf die neue Ordnung mit ihren alten Worten ein: „Ausverkauf des Ostens“, „Ellenbogengesellschaft“, „soziale Kälte“ und anderes mehr. Auch in der ostdeutschen Publizistik kam eine Trotzliteratur auf, die dem SED-Staat neues sprachliches Leben einzuhauchen versucht. Der nicht zu verleugnende Umstand der Revolution soll dadurch entschärft werden, dass solche Autoren sich auf einen vermeintlichen nicht eingelösten Utopiegehalt der Revolution berufen. Außerdem hätten sich die Westdeutschen die kaum selbständig gewordene Gesellschaft unterworfen. Die durch den Machtverlust traumatisierten Postkommunisten wehren sich gegen ein Schlechreden der DDR und setzen auf die Revision der gegenwärtigen Geschichtsschreibung. So dichtete Otto Wiesner in seinem „Ruf an mein Land“, die DDR:

„Doch wenn der Vorhang der Geschichte
gerafft wird durch der Enkel Hand,
entstehst du mit erneuertem Gesichte,
geläutert, wie aus Stein gebrannt.
Und sprechen werden die Berichte
von einem frohen Friedensland.“³⁵

Den größten Erfolg hatten die Postkommunisten durch die sprachliche Neutralisierung der Revolution mit Hilfe des Begriffs der „Wende“. Er hat sich umgangs-

35 Otto Wiesner, Ruf an mein Land. In: Unabhängige Autorengemeinschaft „Als Zeitenzeugen erlebt“. Spuren der Wahrheit. Vereinnahmung der DDR, Schkeuditz 2003, S. 43.

sprachlich und im politischen Bereich in Ost und West nahezu durchgesetzt, während es der Revolutionsbegriff selbst im wissenschaftlichen Bereich schwer hat.³⁶ Die revisionistische öffentliche Sprache der Postkommunisten ist auch machtpolitisch von Bedeutung. Die zur PDS gewandelte SED konnte im Osten einen stetigen Machtzuwachs verbuchen.

III. Keine Sprache der Freiheit im Westen

Auch der Westen blieb nicht unberührt von dem Sprachwandel im Osten. „Runde Tische“ oder „Montagsdemonstrationen“ bürgerten sich ein und wurden auch für Dinge herangezogen, die mit dem Ursprung kaum noch etwas gemein hatten. Die damaligen „Worte des Jahres“ zeigen diese Adaption, 1989 wurde „Reisefreiheit“ gewählt und 1990 „neue Bundesländer“. Dass sich die frustrierten ehemaligen Osteliten mit der Sprache der Freiheit so schwer tun, ist nicht verwunderlich. Problematisch dagegen ist, dass auch die westdeutsche politische Klasse bzw. was dafür gehalten wird, nicht oder kaum an dem Sprachwandel partizipiert. Es mag eine Rolle spielen, dass die politische Sprache heute durchgesetzt ist durch Begriffe und Konstruktionen einer funktionalistischen und standardisierten Verwaltungssprache, die sich nahezu wertfrei gibt und beliebig anwendbar ist. Mit der Montage der so genannten „Plastikwörter“³⁷ wie Entwicklung, Kommunikation, Grundbedürfnis, Konsum, Energie, Information, Arbeit, Partner, Entscheidung, Planung, Lösung, Identität, Strategie, Modernisierung, Modell, Lebensstandard, Wachstum, Prozess, Zentrum, Projekt, Zukunft, Verwertung, Substanz, Kontakt, Management, Trend usw. lässt sich der Gehalt und die Erfahrung einer spontanen demokratischen Revolution nicht beschreiben, es sei denn, sie wird auf ein technokratisches Projekt verkürzt.

Schwerer wiegt, dass sich in der alten Bundesrepublik seit den siebziger Jahren eine Sprache der political correctness ausgebildet hat, die Ausdruck der sich genügsam auf den westlichen Teilstaat bezogenen „Selbstanerkennung“ war. In der überaus sozialen, ökonomischen und politisch stabilen Bundesrepublik hatte sich nach Jahrzehnten kontroverser Geschichtsdebatten ein breiter geschichtspolitischer Konsens ausgebildet,³⁸ der sich auf die Aufarbeitung und Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, dem Völkermord und den Krieg bezog. Auschwitz wurde gleichsam zur „Gründungslegende ex

36 Dazu Rainer Eckert, Das historische Jahr 1990. In: APuZ, B 40/2005, S. 12-18, hier 18.

37 Uwe Pörksen, Plastikwörter. Die Sprache einer internationalen Diktatur, Stuttgart 1988.

38 Vgl. Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 350 ff.

negativo der Bundesrepublik“,³⁹ über deren Gültigkeit die moralische Gerichtsbarkeit der vierten Gewalt strengstens wacht.

Während die Westdeutschen eine Sprache gegenüber dem NS-Regime fanden, zerfiel die Sprache der Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur im Osten. Allein schon der öffentliche über viele Jahre ausgetragene Streit um die Bezeichnungen „Sowjetzone“, „Ostzone“ und „DDR“ mit oder ohne Anführungsstriche zeigt dies. Auch die um sich greifende Abkürzung „BRD“ stellte ein aus dem Osten übernommenes Äquivalent zu DDR dar. Die Zurückweisung des Totalitarismustheorems sonderte die DDR aus der deutschen Diktaturgeschichte aus. Jahrelang wurde darüber gestritten, welcher Natur die Demokratie in der DDR sei, und von einigen behauptet, im Westen gäbe es schließlich auch nicht mehr Freiheit als im Osten, nur eben in anderen Bereichen. Über die DDR und den Kommunismus gab es keine Orientierung und keinen Konsens. Sie war zu einer legitimen Alternative zum westlichen Verfassungsstaat geworden.

Zu dieser Sprachverwirrung trug zudem die so genannte 68er Bewegung bei. Ihre Losungen richteten sich gegen die bigotte und vom NS-Schmutz gewaschene Aufbaugeneration. Auch deren Protagonisten konstruierten schließlich ein gewalttätiges Sprachsystem. Dieses unterschied sich von der kommunistischen Sprache kaum. Während aber im Osten die Sprache der Verknechtung der Gesellschaft diene, haben die 68er unter der Last auferlegter Freiheit und abverlangter Verantwortung lediglich die deutsche Sehnsucht nach Selbstknechtung unter der Tarnung der Emanzipation auszudrücken vermocht. Wenn 68er ihre „Revolution“ mit der von 1989 vergleichen, bleibt ihnen nur ein Erlebnisneid, der die Polemik gegen BILD als weltgeschichtliche Großtat aufbauscht. Auch dann, wenn sie inzwischen zu Antikommunisten mutiert sind, bestreiten sie, dass es in der DDR überhaupt eine Revolution gegeben habe.⁴⁰

Schwer wiegt außerdem, dass die politische Klasse des Westens und alle gesellschaftlichen Multiplikatoren nur mittelbare politische Freiheits- bzw. Befreiungserfahrungen haben. Sie sind in ein politisches System hineingewachsen, für das niemand auf die Straße gehen musste, niemand ist auch nur einen Tag für die Freiheit ins Gefängnis geworfen worden, niemand hat das Glück der Selbstbefreiung erfahren. Die Menschen konnten stets politisch sagen, was sie wollten, und können nicht verstehen, dass allein schon das Sprechen-dürfen wie eine zweite Geburt erlebt wird.

39 Rainer Eckardt, Triumph über die Diktatur oder Verschleierung der Vergangenheit? Zwölf Jahre Auseinandersetzung mit der zweiten deutschen Diktatur: Eine vorläufige Bilanz. In: Horch und Guck, 11 (2002) 3, S. 23–27, hier 25.

40 Vgl. Martin Jander/Klaus Schroeder, Zwei Bewegungen, keine Revolution. In: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, 4 (1997), S. 43–59.

IV. Kampf um die Geschichte

Ein unerlässlicher Teil der Sprachrevolte 1989 war neben der zurückgewonnenen Fähigkeit des öffentlichen Sprechens das nun einsetzende Erzählen des Vergangenen. Jetzt wurde öffentlich erinnert, die Geschichtsstoffe neu sortiert und darüber debattiert. Zurückliegende Ereignisse bekamen neue Bedeutungszuweisungen, Weltansichten und Handlungsmuster veränderten sich. Das Rückgewinnen der Geschichte hatte die politisch eindeutige Funktion, die ideologischen Geschichtsbilder zur Herrschaftslegitimation aufzuklären und eine der Wahrheit und Demokratie verpflichtete Geschichtssicht zu kreieren. Schon die Opposition der achtziger Jahre hatte damit begonnen. Sie wurde auch durch die osteuropäischen Dissidenten angeregt.

So gab die „Initiative Frieden und Menschenrechte“ am 23. Oktober 1986 mit 118 polnischen, tschechischen und ungarischen Bürgerrechtlern eine Erklärung zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution von 1956 heraus,⁴¹ in der sie sich auf Grund der Erfahrung von 1956 für eine Überwindung der Teilung Europas und eine Integration des Kontinents auf demokratischer Grundlage aussprachen.

Auch die in der UdSSR verbreiteten Texte zum Stalinismus wurden im DDR-Samisdat häufig gedruckt und kommentiert. Dabei ging es nicht allein um die notwendige Verbreitung der bislang zumeist geheim gehaltenen Verbrechen und der Namen der kommunistischen Verbrecher. Vielmehr stand diese Vergangenheitsaufarbeitung gleichsam unter dem Motto „Wir sind dabei, uns selbst zu erkennen.“⁴² Für die Oppositionellen als kritische Minderheit stellte sich die Frage nach den Mechanismen der totalitären Herrschaft, die es möglich machten, dass größere Teile der Bevölkerung in das Gewaltssystem integriert werden konnten und oder dazu schwiegen. Für die Intensität der Vergangenheitsaufarbeitung spricht auch die Anfang 1989 von Bürgerrechtlern in Berlin und Leipzig gegründete „Initiative zur Aufarbeitung des Stalinismus in der DDR“. Gleichzeitig wollten Oppositionelle ihren eigenen Platz in der Geschichte des SED-Regimes und der DDR-Gesellschaft anmelden. 1988 erschien die erste Geschichte der Friedensbewegung im Samisdat unter dem Titel „Spuren“.⁴³

Wie sehr die Öffentlichkeit an den Geschichtsdebatten interessiert war, zeigte sich, als die sowjetische Debatte über die stalinistischen Verbrechen durch sowjetische Medien in die DDR hineingetragen wurde. Das veranlasste das Politbüro der SED am 19. November 1988, das sowjetische Magazin „Sputnik“ aus dem Postzeitungsvertrieb herauszunehmen und außerdem fünf sowjetische Fil-

41 Abgedruckt in Ferdinand Kroh (Hg.), „Freiheit ist immer Freiheit ...“. Die Andersdenkenden in der DDR, Berlin (West) 1988, S. 226–228.

42 Gerd Poppe, Wir sind dabei uns selbst zu erkennen. In: Ostkreuz. Politik, Geschichte, Kultur. August 1989. Samisdat. Abgedruckt in Ilko-Sascha Kowalczyk, Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002, S. 527–542.

43 Stephan Bickhardt u. a. (Hg.), Spuren. Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR. In: radix-blätter Nr. 6, Berlin 1988 (Samisdat).

me zurückzuziehen. Am 28. November kam es in Leipzig zu öffentlichen Protesten gegen das Sputnik-Verbot. In den folgenden Wochen gab es zu weit über 100 000 Eingaben und tausende Austritte aus Massenorganisationen und selbst aus der SED.

Unmittelbar im Vorfeld der Revolution erschien im September 1989, also kurz vor dem propagandistisch aufgeblasenen 40. Jahrestag der DDR, unter dem ironischen Titel „Urkunde. 40 Jahre DDR“⁴⁴ ein Samisdatheft, das sich in besonderer Weise der erfahrenen DDR-Geschichte annahm. Eines der Themen war der Aufstand vom 17. Juni 1953. Auch hier stand die Neuentdeckung der Geschichte unter dem Vorzeichen der sich ankündigenden politischen Auseinandersetzungen. Bärbel Bohley schrieb: „Und dieser Kampf darf nicht so ausgehen wie am 17. Juni 1953.“⁴⁵

Der Verlauf der Revolution könnte geradezu an Ereignissen geschildert werden, die die Neubewertung der Geschichte zum Thema hatten. Auch die Gründung einer sozialdemokratischen Partei (SDP) hatte eine geschichtspolitische Bedeutung, zerstörte sie doch den von der SED gepflegten Mythos von der angeblich geeinten Arbeiterklasse. Durch die sofortige Dokumentation von Ereignissen wurde die aktuelle Zeitgeschichte zum revolutionären Instrument. Unmittelbar nach den Gewaltexzessen der Sicherheitsorgane bei den Demonstrationen am 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin hatte eine Arbeitsgruppe mit Marianne Birthler und Werner Fischer etwa 70 Zeugenberichte von Misshandelten gesammelt und in Heften vervielfältigt.⁴⁶ Die Dokumentation wurde auf einer Pressekonferenz am 23. Oktober in einer Berliner Gemeinde der Öffentlichkeit übergeben. Vergeblich hatten staatsloyale Kirchenleute versucht, die Veröffentlichung zu verhindern, um die Demontage des neuen SED-Chefs Egon Krenz zu verhindern.

Am 28. Oktober 1989 las Walter Janka im „Deutschen Theater“ unter großer öffentlicher Aufmerksamkeit aus seinem Buch „Schwierigkeiten mit der Wahrheit“,⁴⁷ in dem er seine tragische Geschichte und die der verfolgten „Revisionisten“ geschildert hatte. Er selbst hatte sein Schweigen nach fast dreißig Jahren gebrochen. Jetzt wurde auch die wortlose Kollaboration der kommunistischen Intellektuellen und Künstler angesichts der Verbrechen Ulbrichts zum Thema. Janka forderte Tage darauf die Überprüfung aller politischen Prozesse.

Die Geschichtsdebatten mussten auch von den sich vorsichtig öffnenden Medien aufgenommen werden, sie wurden in Betrieben, öffentlichen Einrichtungen

44 Bärbel Bohley u. a. (Hg.), 40 Jahre DDR. ... und die Bürger melden sich zu Wort (Nachdruck der Samisdat-Ausgabe „Urkunde. 40 Jahre DDR“), Berlin (Ost) 1989.

45 Ebd., S. 10.

46 Vgl. Landesjugendpfarramt Berlin (Illegale Vervielfältigung), Ich zeige an. Berichte von Betroffenen zu den Ereignissen am 7. und 8. Oktober 1989 in Berlin, Berlin Mitte Oktober 1989, 149 S.

47 Walter Janka, Schwierigkeiten mit der Wahrheit, Reinbeck bei Hamburg Oktober 1989.

und Schulen geführt. So schrieb ein Schüler am 23. November 1989 an Bärbel Bohley unter anderem: „Am 10.11.89 (einen Tag nach dem Fall der Mauer in Berlin, d. Verf.) hat sich die Klasse 12/2 der EOS ‚F.F. Runge‘ geschlossen geweigert, eine Geschichtsarbeit, Thema: Antifaschistischer Schutzwall [...] zu schreiben. Meine Klassenkameraden, wie auch ich würden gern von einem kompetenten Historiker erfahren, was wirklich am 17.6.53 geschah. [...] und bitte Sie herzlich, uns zu unterstützen, die Wahrheit zu erfahren.“⁴⁸

Auf dem Höhepunkt der Revolution, kurz vor dem Ende des MfS, kulminierte die politisierte Geschichtsdebatte in der Gründung eines „Unabhängigen Historiker-Verbandes“. Jüngere Historiker, Armin Mitter und Stefan Wolle, hatten am 10. Januar 1990 zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker aufgerufen. Im Aufruf hieß es: „Auf dem Gebiet der Geisteswissenschaften herrscht eine erschreckende Situation. Jahrzehntlang erstickte ein ungenießbarer Brei aus Lügen und Halbwahrheiten jede freie geistige Regung. Scholastische Albernheiten und abgestandene Gemeinplätze wurden ‚als einzige wissenschaftliche Weltanschauung‘ ausgegeben.“ In der DDR hätte vierzig Jahre unter der SED eine „kalte Bücherverbrennung“ stattgefunden. „Wie eine tödliche Krankheit“ hätte sich über die Geisteswissenschaften „fachliche Inkompetenz“ gelegt. „Das traurigste Los aber traf die Geschichtswissenschaft.“⁴⁹ Eines der ersten Ergebnisse der Arbeit jener Historiker, die den revolutionären Bürgerbewegungen nahe standen oder ihnen angehörten, war eine Dokumentation über die Aktionen des MfS gegen die oppositionellen Bürgerbewegungen und neuen Parteien im Herbst 1989.⁵⁰ Der Band wurde in abertausenden Exemplaren im Januar 1990 vom Lastwagen an die anstehende Menge verkauft.

Die Geschichtsverfälschungsmaschine der SED war ins Stocken geraten. Die Propaganda versuchte zu retten, was zu retten war, vor allem mit Hilfe ihres oft sehr wirksamen Antifaschismusmythos. Unaufhörlich wurde das Verlangen nach der deutschen Einheit mit Rechtsradikalismus gleichgesetzt. Ein letzter großer Versuch der SED-PDS, die „antifaschistische“ Front zusammenzuschmieden und dabei gleich noch das MfS bzw. seine Nachfolgeorganisation, das AfNS, zu retten, fand nach nationalistischen und antisowjetischen Beschmierungen des Treptower Ehrenmals für die gefallenen sowjetischen Soldaten am 28. Dezember 1989 statt. Die wirklichen Täter blieben im Dunkeln. Die SED-PDS trommelte am 3. Januar eine große Demonstration zusammen, um die behauptete faschistische Gefahr zu bannen.

48 Brief an Bärbel Bohley, Oranienburg, 23.11.1989. Abgedruckt in Tina Krone (Hg.), „Sie haben so lange das Sagen, wie wir es dulden“. Briefe an das Neue Forum September 1989–März 1990, Dokument 171, S. 216.

49 Armin Mitter/Stefan Wolle, Aufruf zur Bildung einer Arbeitsgruppe unabhängiger Historiker in der DDR (10. Januar 1990). In: Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk/Isolde Stark (Hg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR (Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes), Berlin 1994, S. 22.

50 Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), „Ich liebe euch doch alle!“ Befehle und Lageberichte des MfS. Januar–November 1989, Berlin (Ost) 1990.

V. Entpolitisierung der Revolution?

Was ist von dieser engen Verknüpfung von Geschichtsaufarbeitung und einer Politik im Dienst der Freiheit im wiedervereinten Deutschland nach 1990 geblieben? Hier zeigt sich ein ambivalentes Bild.

Einerseits gab es seit Anfang der neunziger Jahre einen regelrechten Boom bei der Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Hier zeigten sich drei Stränge. Der erste Strang wurde im Wesentlichen durch Bürgerrechtler, die teilweise auch im Bundestag vertreten waren, angeregt und getragen. An erster Stelle wäre der/die Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen zu nennen, deren Institution auf der Grundlage des Stasiunterlagengesetzes arbeitet. Die politische Funktion ist eindeutig. Sie ist wichtigen Zielen der Revolution verpflichtet, ermöglicht die Akteneinsicht von Betroffenen und Verfolgten ebenso, wie sie den Elitentausch durch die Bereitstellung von Akten zu Überprüfungen ermöglicht. Außerdem trägt sie zur Aufklärung der Herrschaftssicherung der Diktatur bei. Auf Landesebene wird die BStU durch die Landesbeauftragten für die Stasiunterlagen flankiert, die unter anderem eine Dienstleistungs- und Beratungsfunktion für die Politik haben.

Der Bundestag richtete zwei Enquetekommissionen⁵¹ ein, die beide eine beachtliche vielbändige Literatur hinterlassen haben. Auf Anregung der Kommission beschloss der Deutsche Bundestag 1998 die Gründung der „Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur“.

Die Stiftung ist zugleich ein Bindeglied zu dem Geflecht der gesellschaftlichen Initiativen, Vereine und Verbände, die den zweiten Strang der Geschichtsaufarbeitung darstellen. Die Stiftung fördert viele der Anfang der neunziger Jahre entstandenen gesellschaftlichen Gruppen, die sich unter anderem um die Dokumentation von Opposition und Widerstand sowie der Repressionen kümmern. Das wissenschaftliche Niveau der hier entstandenen und entstehenden Produkte ist sehr unterschiedlich. Was diese manchmal abschätzig als „Barfußhistoriker“ bezeichneten Akteure eint, ist ihr politisches Selbstverständnis.

Hannah Arendt hat einmal beklagt, dass die vielen Revolutionen keine Stätten der Freiheit fanden. Doch sie zeigt einen Ausweg: „All dies und wahrscheinlich sehr viel mehr ging verloren, als der Geist der Revolution – dieser neue Geist, der zugleich der Geist des Neubeginns ist – die ihm angemessene Institution nicht fand. Dieses Scheitern ist durch nichts mehr gut zu machen, es sei denn, man versucht immer aufs neue, durch Erinnern und Dem-Geschehen-Nachdenken zu verhindern, dass dieser Verlust endgültig werde.“⁵² Es steht au-

51 Enquetekommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Enquetekommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ (13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages).

52 Arendt, Über die Revolution, S. 360.

ßer Frage, dass die hier genannten Institutionen durchaus angemessene Gefäße dieses „Geistes der Revolution“ sind.

Doch diese politische Funktion ist bei weitem nicht unumstritten. Aus der Politik und der Gesellschaft werden immer wieder Angriffe auf diese Formen der Aufarbeitung vorgetragen. Dass dies massiv aus dem postkommunistischen Lager oder aus jenen Kreisen kommt, die in das Herrschaftssystem verstrickt waren, war nicht anders zu erwarten. Darüber hinaus gab und gibt es allerdings die massivsten Einsprüche aus der akademischen Wissenschaft, die den dritten Strang der Aufarbeitung darstellt.

Die durch den überraschenden Zusammenbruch der DDR ausgelöste Revolutionierung der westdeutschen akademischen DDR-Forschung fiel mit der aus wissenschaftlichen und politischen Gründen notwendigen Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft zusammen. Westdeutsche Wissenschaftler ersetzten größtenteils die ostdeutschen oder bestimmten personell die neu zu schaffenden Strukturen. Im Prozess der Abwicklung der SED-abhängigen Geschichtswissenschaften bildeten sich nun eigenartige Konstellationen und Koalitionen. Die wenigen unabhängigen aus dem bürgerrechtlichen Lager stammenden Historiker hatten in der Regel kaum eine Chance, in das sich neu bildende Establishment integriert zu werden. Offenbar gab es auch einen akademischen Kommentar, der die geistigen und ideologischen Unterschiede zwischen Westdeutschen und den belasteten Ostdeutschen überspielte und dies mit der Lernfähigkeit der SED-Wissenschaftskader begründete. Das sollte auch ein Beitrag der Geschichtswissenschaft zur „inneren Wiedervereinigung“⁵³ sein. Gemeinsam war beiden etablierten Gruppen ohnehin, dass – wenn auch in unterschiedlicher Intensität – ihre vormaligen Sichtweisen auf die DDR entwertet waren. Darüber gab es in den neunziger Jahren harte Auseinandersetzungen.⁵⁴

Zu dem milden Blick auf die DDR-Wissenschaft und deren Vertreter mag auch beigetragen haben, dass die Westdeutschen im Grunde keine Erfahrungen mit einem Elitenwechsel in der historischen Zunft hatten. NS-belastete Historiker konnten nach dem Krieg in den Geschichtswissenschaften häufig weiter arbeiten. Die Verhältnisse, nicht die Personen, wurden verantwortlich gemacht.

Schließlich ist in Rechnung zu stellen, dass sich in den Mustern der Bewältigung eines radikalen Systembruchs auch bei Historikern die Kontinuitäten der politischen Kultur in Deutschland spiegeln. Die für Deutschland so seltenen Volkserhebungen bzw. Revolutionen haben nicht nur das Ziel eines stabilen demokratischen Nationalstaates verfehlt, sondern konnten auch keine dauerhafte politische Kultur stiften, die eine solche Ordnung hätte tragen können. In den Geschichtswissenschaften wurden die politischen Gehalte der deutschen Revolutionen von 1848, 1918 und auch 1953 weithin verdrängt.

53 Jürgen Kocka, Auch Wissenschaftler können lernen (FAZ vom 25.8.1993). Abgedruckt in: Eckert/Kowalczyk/Stark (Hg.), Hure oder Muse, S. 269.

54 Dazu zahlreiche Beiträge in ebd.

Schon nach 1848 erwies sich die Mehrheit der deutschen Intellektuellen als Bollwerk gegen die im Ergebnis der Revolution erarbeitete demokratische Verfassung. Die Konservativen diskreditierten die Revolution mit Gräueltatsberichten über polnische und französische Marodeure und setzten ganz auf die „Sendung der Hohenzollern“. Ein beträchtlicher Teil der Liberalen verriet ebenfalls aus Sorge vor anarchischen Zuständen die ursprünglich von ihnen erstrittenen liberalen Errungenschaften. Die Linken waren in wesentlichen Teilen lediglich an einem zentralistischen Sozialstaat interessiert. Als dienstbare Geister bei der mentalen Verdrängung⁵⁵ der „ungewollten Revolution“⁵⁶ erwiesen sich gerade auch die großen Gestalten der deutschen Geschichtswissenschaft wie Leopold von Ranke⁵⁷ und Heinrich von Treitschke,⁵⁸ die geradezu Revolutionsphobien entwickelten. Der Preis für die zurückgewiesene und verdrängte, die „gescheiterte“⁵⁹ demokratische Revolution und mit ihr die „Verdrängung der liberal-demokratischen Tradition von 1848“⁶⁰ war der preußische Imperialismus mit der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem I. Weltkrieg.

Als die Legitimationsreserven des Hohenzollernreiches aufgebraucht waren, kam es 1918 zu einer neuerlichen Revolution. Aber auch diesmal war es eine „gebremste Revolution“⁶¹ ohne „gesellschaftliche Veränderungen“⁶² aus Angst vor einer wirklichen Revolution. Die Beamtenschaft, das Militär, Teile der intellektuellen Eliten und der Bevölkerung⁶³ distanzieren sich vom Geist der Revolution und identifizierten die demokratische Republik lediglich mit dem Vertrag von Versailles. Der Preis dieser Verdrängung war unendlich hoch.

Nach dem II. Weltkrieg verordneten die Westalliierten in ihren Zonen eine demokratische Verfassung. In der sowjetischen Zone etablierten die Besatzer eine kommunistische Diktatur. Als sich in der DDR die Bevölkerung 1953 erhob, wurde dies anfangs im Westen als demokratischer und antikommunistischer Aufstand gewürdigt. Doch seit den sechziger Jahren setzte sich mehr und mehr das Bild von einem regional begrenzten sozialen Protest durch. Der 17. Juni passte nicht mehr in die deutschlandpolitischen Konzepte. Auch diese Freiheitstradition wurde in Publizistik und Geschichtsschreibung weitgehend verdrängt.⁶⁴

55 Vgl. Franzjörg Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, Düsseldorf 1976.

56 Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *1848 - Die ungewollte Revolution*, Frankfurt a. M. 1998.

57 Vgl. Baumgart, *Die verdrängte Revolution*, S. 109-112.

58 Vgl. ebd., S. 66-70.

59 Vgl. ebd., S. 164.

60 Vgl. ebd., S. 168.

61 Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1993. Kapitel 2: Die gebremste Revolution, S. 33-68.

62 Ebd., S. 68.

63 Vgl. Ernst Wolfgang Böckenförde, *Der Zusammenbruch der Monarchie und die Entstehung der Weimarer Republik*. In: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft*, Köln 1988, S. 17-43, hier 42.

64 Vgl. Bernd Eisenfeld/Ilko-Sascha Kowalczyk/Ehrhart Neubert, *Die verdrängte Revolution. Der Platz des 17. Juni 1953 in der deutschen Geschichte*, Bremen 2004.

Politik und Wissenschaft ignorierten nahezu vollständig die ostmitteleuropäischen und ostdeutschen Denker, die die Teilung als zu überwindendes Übel betrachteten. In dieser kritischen Literatur stand vieles über die Zukunftschancen und die Lage des Kommunismus sowie über Konzepte seiner Überwindung. Schon 1982 konstatierte Karl Schlögel im Blick auf die intellektuellen und theoretischen Arbeiten der sowjetischen Dissidenten: „Samisdat-Zeugnisse werden in der westlichen Geschichtsschreibung und Theoriebildung zur Sowjetunion bisher zu wenig berücksichtigt; damit wird praktisch die spezifische Erkenntnisleistung der systeminternen Kritik ignoriert.“⁶⁵

Das alles waren keine guten Voraussetzungen, um die demokratische Revolution, ihre Vorgeschichte in den oppositionellen und widerständigen Bewegungen sowie die Unterdrückungsmaschinerie der SED als Thema in der akademischen Wissenschaft zu etablieren. Zwar brachten die unabwiesbaren Ereignisse 1989/1990 wichtige Veränderungen. Fast durchweg angeregt durch die Politik wurden neue Institute, Stiftungen, Erinnerungsstätten und universitäre Einrichtungen gegründet, die sich auch solchen Themen widmeten. In der akademischen Wissenschaft blieben aber bis heute die MfS-Forschung oder die Oppositionsforschung Randthemen, obwohl es freilich wichtige Ausnahmen gibt. An den Hochschulen gingen DDR-Themen nach einem kurzen Boom Anfang der neunziger Jahre zurück.⁶⁶ Dort, wo sich um solche Themen gekümmert wird, dominieren sozialgeschichtliche Ansätze und immer neue Versuche, den Diktaturcharakter der DDR zu bestreiten oder abzuschwächen. Neben den Theoriedebatten um die Anwendbarkeit des Totalitarismustheorems wird nach immer neuen gesellschaftlichen Nischen gefahndet, die belegen sollen, dass die DDR auch irgendwelche herrschaftsfreie gesellschaftliche Räume hatte.

Auch in der politischen Bildung und den Schulen setzt sich eine bestimmte Blindheit für die unschönen Seiten der kommunistischen Diktatur fort. Versagt haben die Historiker, die die Lehrer und politischen Bildner ausgebildet haben, und versagt haben die für die Erinnerungskultur verantwortlichen Geschichtspolitiker. Das gilt für die Jahre vor 1989 und ist bis heute nicht besser geworden. Die Lehrpläne für die Schulen sprechen für sich – auch wenn es neuerdings auch einige gute Ansätze gibt.⁶⁷ In einigen Bundesländern sind 1991 Lehrpläne in Kraft gesetzt wurden, die noch von der Existenz der DDR ausgehen. In solchen Plänen wird die demokratische Opposition und der Widerstand in der

65 Karl Schlögel, *Literatur der Dissidenz als Ansatz einer Theoriebildung zur sowjetischen Gesellschaft*. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien (1982), H. 2.

66 Vgl. Peer Pasternack, *Gelehrte DDR. Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000*. Hg. vom Institut für Hochschulforschung an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Wittenberg 2001.

67 Zu den Lehrplänen vgl. Ulrich Arnsward, *Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer*. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2004.

DDR mit westdeutschen Protestbewegungen gegen den demokratischen Verfassungsstaat gleichgesetzt und die friedliche Revolution unterschlagen.

Trotz einiger nicht zu bestreitender positiver Entwicklungen liegt zwischen dem Feld der wissenschaftlichen und publizistischen Aufarbeitung ein auffälliger Graben. Auf der einen Seite wird die Geschichtsaufarbeitung als politisches Instrument der geistigen und politischen Auseinandersetzung mit der kommunistischen Diktatur und dem ideologischen, mentalen und politischen Erbe der Diktatur verstanden. In gewisser Weise setzt sich damit das politische Ringen um die Macht in der Revolution und für die Demokratie fort und rechtfertigt sich mit der Verantwortung für die Freiheit. Es handelt sich hier auch überwiegend um ostdeutsche Autoren, die nicht zum postkommunistischen Milieu gehören.

Auf der anderen Seite des Grabens findet sich ein beträchtlicher Teil der Wissenschaftler, für die diese politische Funktion der Aufarbeitung suspekt ist, da die geschichtspolitische Verwertung für sie einen Hauch von Geschichtspromaganda hat. Die „postnationalen“ westdeutschen Intellektuellen ignorieren 1989/90, denn sie „scheuen sich einfach vor dem Odium, damit altmodische Nationalgeschichte zu betreiben, wenn doch gerade alle Welt von der transnationalen Perspektive redet“.⁶⁸ Unbestritten sind die Kompetenz und gewiss auch das wissenschaftliche Niveau. Es ist schließlich auch berechtigt, Gegenstände der Zeitgeschichte zu historisieren und sie aus dem politischen Tageskampf herauszuhalten. Allerdings gibt es keine wertfreie Forschung. Die Frage ist deswegen zu stellen, welche Interessen die Erkenntnisse leiten, welche Werte und Urteile solchen Forschungen zu Grunde liegen. Die westdeutsche akademische Geschichtswissenschaft war nie entpolitisiert, sondern stets ein hart umkämpftes Feld von politischen Orientierungen. Es scheint, dass die kampferprobten politisch agierenden Intellektuellen nun ihre alten Schlachten weiter schlagen, wenn auch die Feldzeichen anders aufgestellt sind. Positiv wäre zu bemerken, dass etwa die Forschungen zum NS-Staat stets politische Implikationen aufweisen, die der Aufklärung dieses gewaltigen politischen Verbrechens dienen. Dies gilt aber noch längst nicht für die Aufklärung des Kommunismus und den unüberbrückbaren Gegensatz zwischen dieser Spielart des Totalitarismus und der freiheitlichen Demokratie. Ein vergleichbarer Konsens in der DDR-Forschung, wie in der Bewertung der NS-Diktatur, ist nicht in Sicht. Das ist auch eine Frage an die Wissenschaftsethik und an die politische Verantwortung der Historiker.

68 Alexander Cammann, 1989 – die ignorierte Revolution. In: *Ästhetik & Kommunikation*, 34 (2003) 122/123, S. 123–129, hier 126.

VI. Revisionistische Justiz

Der drohende Verlust der Sprache der Freiheit bzw. der Befreiung von einer illegitimen Macht und der Mangel an Orientierungen an der Freiheitsgeschichte ist kein Adiaphoron im Design des wiedervereinten Deutschlands mit seinen Problemen des Aufbaus Ost. Politische und mentale Orientierungen vermitteln sich durch das Kapillarsystem der gesellschaftlichen Kommunikation. Wird eine politische Sprache gesprochen und Geschichten erzählt, die die Revolution mitsamt der Einheit ignorieren oder gar diskreditieren, entstehen Infarktrisiken für eine gesellschaftliche Ordnung, die sich auf Freiheit und Recht gründet. Solche Risiken werden von den Wirtschafts-, Sozial- und Kulturwissenschaften seit längerem diagnostiziert.

Der wirtschaftliche Aufbau Ost leidet an der Überregulierung und allzu engen Spiel- und Entscheidungsmöglichkeiten, die in altbundesrepublikanischen Zeiten der überbordenden bürokratischen Kontrolle gewachsen sind. Die Wiedervereinigung und der Freiheitsimpuls im ostdeutschen Transformationsprozess wurden nicht genutzt. Das führte zu einem Mangel an Flexibilität und ermöglichter regionaler Eigenverantwortung. Klaus von Dohnanyi fragt deswegen: „Warum nicht für alle 16 Länder mehr Freiheiten?“⁶⁹

Die mentalen Modernisierungsblockaden im Osten samt der fehlenden Bereitschaft, mehr Eigenverantwortung zu übernehmen, konnten nicht durch eine Erinnerungskultur kompensiert werden, die den eigenen erfolgreichen Widerstand gegen eine vormundschaftliche Sozialordnung hätte wach halten können.⁷⁰

Der notwendige Elitentausch räumte zwar in nahezu allen gesellschaftlichen Bereichen die belasteten Osteliten ab. Doch die neuen westlichen Eliten brachten ihrerseits keine Freiheitserfahrungen mit. Zwar ist das Jammern über zu wenig Ostpersonal nicht angebracht, da es auch berechtigte Klagen über noch verbliebene DDR-Kader gibt. So sollte auch nicht irritieren, dass immer wieder beklagt wird, dass „kein einziger DDR-Diplomat“⁷¹ übernommen wurde. Es geht nicht um einen historischen Kompromiss mit DDR-System und SED-Personal, nicht um das Erbe der DDR, sondern um das Erbe der Freiheit. Hier wäre ernsthaft zu fragen, ob nicht mehr Ostpersonal in den Gruppen hätte rekrutiert werden können, die sich um diese Freiheit aktiv bemühten.

Ein besonderer Bereich, an dem gezeigt werden kann, dass die Revolution 1989 nicht angenommen wurde, ist das Rechtswesen. Der schon bis zum Überdruß zitierte Satz von Bärbel Bohley, dass „wir Gerechtigkeit wollten und den Rechtsstaat bekamen“, drückt hier lediglich ein Lebensgefühl aus. Im Grunde ist die Verweigerung, positiv auf die Revolution zu reagieren, weit dramatischer. Die DDR-Opposition von 1989 und nahezu der gesamte Widerstand seit den

69 Klaus von Dohnanyi, Freiheit Ost. In: APuZ, B 40/2005, S. 9–11, hier 11.

70 Vgl. Peter Alheit, Modernisierungsblockaden in Ostdeutschland? In: ebd., S. 32–40.

71 Erich Röper, Die minderen Brüder und Schwestern. In: ebd., S. 24.

Jahren der SBZ rang um Recht, um die Wiederherstellung des Rechts. Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit gehörten zu den erklärten politischen Zielen. Dass im Kampf gegen die SED auch ethische Werte, wie etwa Gerechtigkeit, eine Rolle spielten, ist unbestritten. Aber Rechtsstaatlichkeit war für Opposition und Widerstand kein Fremdwort, sondern durchgängig ein Focus der anzustrebenden Ziele.⁷²

Die Opposition nutzte 1989 den politischen Druck auf die SED, um neue Strukturen zu schaffen. Bürgerkomitees, Untersuchungskommissionen und Runde Tische auf allen administrativen Ebenen gaben sich Satzungen und Regeln, auf die sich die SED einlassen musste. „Sicherheitspartnerschaften“ mit der Polizei, unter Einbeziehung von Staatsanwälten und anderen alten Strukturen gaben diesen eine neue Funktion. Die SED ging schrittweise auf diese Neugründungen der Opposition ein, um wieder das Gesetz des Handelns an sich zu bringen. Doch dies gelang nicht, da nun der Vorrang der Politik vor dem Recht bzw. dem „Recht der Revolution“ aufgehoben war. Nach den freien Wahlen am 18. März 1990 verfielen diese Übergangsstrukturen und es konnten energische Schritte zur Entwicklung des Rechtsstaates gegangen werden.

Erst mit der Revolution und der Vereinigung konnte eine Strafverfolgung politischen Unrechts beginnen. Der Rechtsstaat stand damit 1990 vor einer schweren Herausforderung. Die juristische Aufarbeitung stand von Anfang an unter der kritischen Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit. Auf der einen Seite wurde sie als angebliche „Siegerjustiz“ disqualifiziert. Es waren nicht nur postkommunistische Stimmen zu hören, die sich schnell die Sprache der Gegner der NS-Aufarbeitung zu Eigen machten. Auch aus der alten Bundesrepublik waren aus allen Lagern solche Töne vernehmbar. Auf der anderen Seite haben die Opfer der SED gegen die häufig milden Urteile oder gegen den noch mehr geübten Strafverzicht protestiert, da für sie die erwartete Genugtuung ausblieb. Angesichts des Unrechtes, das der SED-Staat den Menschen angetan hat, ist die Bilanz der Strafverfolgung dürftig. Nur wenige Täter wurden verurteilt und noch weniger kamen tatsächlich in Haft.⁷³

72 Vgl. Ehrhart Neubert, Ethische und rechtliche Aspekte von Widerstand und Opposition in der DDR. In: Martin Leiner/Hildigund Neubert/Ulrich Schacht/Thomas A. Seidel (Hg.), Gott mehr gehorchen als den Menschen. Christliche Wurzeln, Zeitgeschichte und Gegenwart des Widerstandes, Göttingen 2005, S. 243–278.

73 Nach Angaben des Berliner Staatsanwaltes Bernhard Jahntz wurden im Bereich Justizunrecht, MfS-Unrecht und Dopingvergehen bis zum Eintritt der Verjährung Anfang 2001 etwa 16 500 Ermittlungsverfahren eingeleitet, die zu 260 Anklageerhebungen führten. Etwa 100 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen mit Bewährung oder Geldstrafen verurteilt. Im Bereich der Gewalttaten an der innerdeutschen Grenze ist es zu 111 Anklageerhebungen aus gut 6 000 Ermittlungsverfahren gekommen. Dabei kam es zu 119 Verurteilungen, die zu Freiheitsstrafen führten. In 25 Fällen wurde die Strafe nicht zur Bewährung ausgesetzt. Vgl. Bernhard Jahntz, Die juristische Aufarbeitung der SED-Herrschaft – eine vorläufige Bilanz. In: Siegfried Suckut/Jürgen Weber (Hg.), Stasi-Akten zwischen Politik und Zeitgeschichte. Eine Zwischenbilanz, München 2003, S. 309–335.

Warum ist das so? Die Strafverfolgung politischen Unrechts sollte und musste nach dem rechtsstaatlichen auch im Grundgesetz festgehaltenen Grundsatz „Nulla poena sine lege“ erfolgen.⁷⁴ Für die Rechtsgeschichte der Bundesrepublik ist von Bedeutung, dass das daraus abgeleitete Rückwirkungsverbot bei politischen Straftaten noch bekräftigt wurde. 1952 ratifizierte der Bundestag die Europäische Menschenrechtskonvention, die in Artikel 7, Absatz 2 die Verfolgung politischer Verbrechen bei schweren Menschenrechtsverletzungen entgegen dem Rückwirkungsverbot vorsah. Nach diesem Muster konnten die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse geführt werden. Die junge Bundesrepublik wollte aber die Verfolgung der NS-Verbrechen minimieren und operierte darum mit dem positiven Recht. Ebendies kam auch im Umgang mit dem DDR-Unrecht zum Tragen.

So war im Einigungsvertrag schon festgelegt worden, dass sowohl bundesdeutsches Strafrecht wie auch DDR-Strafrecht herangezogen werden müsse. Für die Strafzumessung wurde die jeweils mildere Variante vorgesehen, so dass nur schwerwiegende Unrechtstaten bzw. Exzesstaten einzelner Funktionäre verfolgt werden konnten. Damit mussten von den Gerichten die Gesetze, Normen oder Befehlslagen der DDR, auch wenn sie „rechtsstaatlich als Unrecht“ zu bewerten waren, „wenn es um die Verantwortung der Täter geht, so behandelt werden, als wäre es Recht.“⁷⁵ Auch in der Gesetzesinterpretation mussten die Justizbehörden den Kriterien der DDR Rechnung tragen.

In der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes wurde aber eine wichtige Ausnahme gemacht. Das DDR-Recht galt als „unbeachtlich“, wenn der Widerspruch des Rechtes zur Gerechtigkeit unerträglich ist. In diesem Fall mussten DDR-Gesetze als „unrichtiges Recht“ behandelt werden. Dieses Prinzip ging auf die naturrechtliche, schon bei den Kirchenvätern oder etwa bei Thomas v. Aquin angelegte sogenannte Radbruchsche Formel aus dem Jahre 1946 zurück.⁷⁶ Die Anwendung dieser Formel erlaubte die Strafverfolgung von DDR-Unrecht. Dies

74 Entsprechend Grundgesetz Artikel 103, 2: Eine Tat kann nur bestraft werden, wenn die Strafbarkeit gesetzlich bestimmt war, bevor die Tat begangen wurde.

75 Christoph Schaeffgen, Opfer von SED-Unrecht im strafrechtlich fassbaren Bereich. In: Ulrich Baumann/Helmut Kury (Hg.), Politisch motivierte Verfolgung: Opfer von SED-Unrecht, Freiburg i. Brsg. 1998, S. 37–47, hier 43.

76 Gustav Radbruch schrieb: „Der Konflikt zwischen der Gerechtigkeit und der Rechtsicherheit dürfte dahin zu lösen sein, dass das positive, durch Satzung und Macht gesicherte Recht auch dann den Vorrang hat, wenn es inhaltlich ungerecht und unzumutbar ist, es sei denn, dass der Widerspruch des positiven Gesetzes zur Gerechtigkeit ein so unerträgliches Maß erreicht, dass das Gesetz als ‚unrichtiges Recht‘ der Gerechtigkeit zu weichen hat. Es ist unmöglich, eine schärfere Linie zu ziehen zwischen den Fällen des gesetzlichen Unrechts und den trotz unrichtigen Inhalts dennoch geltenden Gesetzen; eine andere Grenzziehung aber kann mit aller Schärfe vorgenommen werden: wo Gerechtigkeit nicht einmal erstrebt wird, wo die Gleichheit, die den Kern der Gerechtigkeit ausmacht, bei der Setzung positiven Rechts bewusst verleugnet wurde, da ist das Gesetz nicht etwa nur ‚unrichtiges Recht‘, vielmehr entbehrt es überhaupt der Rechtsnatur.“ Gustav Radbruch, Gesetzliches Unrecht und übergesetzliches Recht

war freilich hart umstritten.⁷⁷ Urteile des BGH und des Bundesverfassungsgerichtes haben die Anwendung der Formel entgegen vielfacher Einsprüche bestätigt.

Die durch die Radbruchsche Formel eröffneten Spielräume wurden aber zugleich vom BGH wieder auf das Äußerste eingeeengt. Faktisch wurde nur das vorsätzliche Töten an der Grenze und bei bestimmten Todesurteilen als Straftat auf der Grundlage von „unrichtigem Recht“ behandelt. Das führte dazu, dass das Einsperren von knapp einer viertel Million Menschen aus politischen Gründen nicht verfolgt werden konnte. Auch der große Bereich der „Zersetzung“, also der auf die Persönlichkeit und die sozialen Beziehungen zielenden zerstörerischen Maßnahmen des MfS, konnte überhaupt nicht verfolgt werden, da das strafrechtlich nicht zu fassen war. Aus rechtsstaatlicher Sicht waren das Aktionen eines nach militärischen Standards geführten Organs.

Beteiligte Staatsanwälte haben diese Situation sehr kritisch gesehen. So schildert Christoph Schaeffen die absurde Situation: „Es ist also zu beachten, dass der Entwicklung der DDR und ihrer Staats- und Gesellschaftsordnung durch die Rechtspflege der DDR Vorrang vor dem Individualrechtsgüterschutz eingeräumt wird, so dass beispielsweise die Justizpraxis, durch die das Recht der Meinungsfreiheit auf die Äußerung der von der SED gewünschten Meinungen reduziert und das Menschenrecht auf Ausreise praktisch auf Null zurückgeführt wird, sich einer strafrechtlichen Ahndung entzieht.“⁷⁸ Und Bernhard Jahntz urteilt, „dass wegen der Beachtung des Rückwirkungsverbot es die – auch durch menschenrechtswidrige Urteile geprägte – nationale Rechtssicherheit der DDR-Rechtsordnung für schützenswerter erachtet wird als die elementarsten Menschenrechte der unter solcher Diktatur lebenden DDR-Bürger“. Das „ist und bleibt [...] abartig.“⁷⁹

Es kam noch hinzu, dass in der praktischen Rechtsprechung dem angeklagten DDR-Personal zu Gute gehalten wurde, dass die Verhältnisse so waren, wie sie waren. So stellte die Staatsanwaltschaft ein Verfahren wegen Rechtsbeugung ein, das gegen eine DDR-Richterin angestrengt worden war, die bei einem Justizmord an zwei nachgewiesenen und vom Gericht auch bestätigten Unschuldigen durch die Ablehnung eines Revisionsverfahrens mitgewirkt hatte. Unter anderem brachte der Erfurter Staatsanwalt zur Entlastung vor: „Die Todesstrafe war danach entsprechend des im Tatzeitraum herrschenden Rechtsverständnisses der DDR zu verhängen, wenn besonders schwerwiegende Angriffe gegen die sozialistische Ordnung verübt worden waren. Für die Beurteilung maßgeblich waren die zur Zeit der Verurteilung in der DDR herrschenden Wertvorstellungen.

(1946). In: Arthur Kaufmann (Hg.), Gesamtausgabe Radbruch, Heidelberg 1990, Band 3, S. 83–93.

77 Vgl. Arthur Kaufmann, Die Radbruchsche Formel vom gesetzlichen Unrecht und vom übergesetzlichen Recht in der Diskussion um das im Namen der DDR begangene Unrecht. In: Neue Juristische Wochenschrift, 48 (1995), S. 81–86, hier 81.

78 Schaeffen, Opfer von SED-Unrecht.

79 Jahntz, Die juristische Aufarbeitung der SED-Herrschaft, S. 323.

[...] Die Verurteilung der Betroffenen Muras und Wilhelm erfolgte in einem Zeitraum, der maßgeblich gekennzeichnet war als Periode des ‚Kalten Krieges‘. Insofern herrschte eine äußerst angespannte politische Lage.“⁸⁰

Rechtsverständnis, Wertvorstellungen und die politische Lage in der DDR waren aber keine Natur- oder Gott-gegebenen Verhältnisse, sondern wurden durch jene geschaffen, die an einer solchen Justiz mitarbeiteten. Damals gab es auch Justizpersonal, das wegen dieser Unrechtspraxis in den Westen floh oder Widerstand leistete und das Risiko der Verfolgung einging.⁸¹ Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof hat anders als deutsche Stellen auch festgestellt, dass die SED-Funktionäre für die Verhältnisse dieser Zeit selbst verantwortlich waren. Er wies eine Beschwerde der wegen der Schüsse an der Grenze verurteilten SED-Führer ab und erklärte: „Die in Rede stehende Staatspraxis war weitgehend das Werk der Beschwerdeführer selbst.“⁸²

Das Problem der Justiz, mit den kommunistischen Verbrechen in der DDR umzugehen, beruht aber nicht nur auf der rechtsgeschichtlichen Entwicklung in der jungen Bundesrepublik nach dem Kriege, die es nahe legte, die Möglichkeiten der Radbruchschen Formel nicht auszuschöpfen. Hinzu kam, dass die Auslegungskriterien der bundesdeutschen Justiz sich nicht von dem Systemwandel bzw. der demokratischen Revolution in der DDR beeindrucken ließen. Die alte Bundesrepublik und ihr Grundgesetz sind nicht wie andere westliche Republiken aus einer demokratischen Revolution hervorgegangen, sondern konstituierten sich in rechtlicher Kontinuität zum Dritten Reich. Dadurch war das Rechtswesen nicht gezwungen, die politischen Akte der Selbstermächtigung der Gesellschaft und die politischen Akte der Individuen, sich das Recht zu nehmen, Rechte zu haben, zu integrieren. Das wirkte sich auch nach 1990 aus.

Das Justizwesen hat nicht verinnerlicht, dass die friedliche Revolution die Wiedervereinigung ermöglichte und die neue Bundesrepublik sich auf Grund dieses politischen Vorgangs konstituieren konnte. Der von der ostdeutschen Bevölkerung und der Bürgerbewegung bewirkte Umsturz diente auch der Wiederaufrichtung des Rechts. In der Logik eines durchgehaltenen Rechtspositivismus, der der DDR und den durch die SED geschaffenen Verhältnissen bindende und nach 1990 weiterwirkende Rechtsqualität zuspricht, waren aber die Akte der Revolution illegal und rechtswidrig. Tatsächlich wurden ja auch die politische Logik und das politische Recht der Herrschenden um der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Menschenrechte willen missachtet und gebrochen. Die Revolution und die

80 Zitiert nach Paul Hoffmann, Politische Todesurteile gegen Johann Muras und Ernst Wilhelm 1952 und Rehabilitierung 1992 (Schriftenreihe der Landesbeauftragten des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes), Erfurt 2005, S. 91.

81 Zum Widerstand in der Justiz: Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelmann, „Konzentrierte Schläge“, Staatssicherheitsaktionen und Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 148–159.

82 Zit. nach Jahntz, Die juristische Aufarbeitung der SED-Herrschaft, S. 322.

Revolutionäre betrachteten das politische Recht der DDR als „unrichtiges Recht“.

Dieser rechtliche Kern der Revolution wurde aber nicht berücksichtigt. Seit Jahren betreibt die bundesdeutsche Justiz eine Art Rechts-Revisionismus, der zahlreiche politische Akte der Revolution als rechtsstaatswidrig oder als verfassungsfremd deklariert. Dazu gehören die Urteile, die die von der ersten frei gewählten Volkskammer beschlossene Rentenkappung der Systemnahen für rechtswidrig erklärten. Und dazu gehört die schleichende rechtliche Revision der in der Revolution erzwungenen und durch das Stasiunterlagengesetz (StUG) geregelten Aktenöffnung mit der damit verbundenen öffentlichen Benennung von inoffiziellen und hauptamtlichen Mitarbeitern des MfS. Hier operiert das Justizwesen mit Datenschutz- und Persönlichkeitsrechten, die dem Personal der Diktatur zuzubilligen seien.⁸³ Der prominente Rechtsanwalt und Rechtswissenschaftler Michael Kleine-Cosak drückte sein Unbehagen am StUG öffentlich in einem Beitrag mit dem Titel: „Der Rechtsstaat im Stasi-Strudel“ aus.⁸⁴ Unterstützung bekommt diese Kritik aus allen politischen Lagern.⁸⁵

Offenbar ist die fehlende Erfahrung mit der Abwesenheit des Rechtes in der Diktatur ein kaum nachholbares Defizit für eine der Wirklichkeit angepasste Rechtsprechung.

Im Rechtswesen zeigt sich die Nichtannahme der Revolution von 1989/1990 ebenso wie in der fehlenden Sprache der Freiheit und in den Mängeln einer der Freiheit verpflichteten Geschichtsaufarbeitung und Geschichtspolitik. Im Osten kommt hinzu, dass die gewonnene Freiheit noch nicht verkräftet wurde. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird noch manche absurde Blüte treiben, wenn in ihr nicht das zu wirken beginnt, was diesen Staat durch die Revolution ermöglicht hat. Zu beobachten sind Unsicherheiten von Politikern, die sich zur DDR oder Ostdeutschland äußern. Manchmal ist es auch nur Feigheit und falsch verstandene Rücksichtnahme, wenn bittere Wahrheiten nicht ausgesprochen werden. Schlimmer ist die Unwissenheit, die nach anderthalb Jahrzehnten stets auf Interesselosigkeit zurückgeht. Doch das ist nicht nur ein deutsches Problem. Nur anderswo scheinen mutigere Politiker zu leben, vor allem in Ostmitteleuropa. Dort ist die Aufarbeitung nicht so systematisch betrieben worden, aber der politische Elan ist geblieben. Dort weiß bald jedermann, dass Freiheit und nationale Identität mit der Aufarbeitung des Kommunismus verbunden sein müssen. Aber auch die Parlamentarische Versammlung des Europarates hat in Straßburg am 26. Januar 2006 in einer EntschlieÙung die Verbrechen der kommunistischen Regime in Europa verurteilt. Die Versammlung rief die Nachfolgeparteien

83 Vgl. Bundesverfassungsgericht – Pressestelle, Nr. 115/2005 vom 16. 11. 2005. Zum Beschluss vom 25. Oktober 2005 – 1 BvR 1696/98.

84 Michael Kleine-Cosak, Der Rechtsstaat im Stasi-Strudel. In: FAZ vom 11. 5. 2000.

85 Vgl. Peter Gauweiler, Stasi-Überprüfungen endlich einstellen. In: Süddeutsche Zeitung vom 15. 2. 2006, S. 2.

der Kommunisten auf, ihre Geschichte aufzuarbeiten und ohne Vorbehalt kommunistische Verbrechen zu verurteilen.

Um die wirkungsmächtige und nachhaltige Erinnerung an 1989 müsste sich im Eigentlichen die Zivilgesellschaft kümmern. Aber auch die Politik bleibt nach einer langen Periode des Status quo von Freiheit und Diktatur oder gar einer „wilden Ehe mit den Diktaturen“⁸⁶ herausgefordert, „mehr Freiheit zu wagen“.

86 Barbara Spinelli, *Der Gebrauch der Erinnerung. Europa und das Erbe des Totalitarismus*, München 2002, S. 114.